

Attac Österreich  
Margaretenstraße 166/3/25  
1050 Wien  
Fon +43.1.5440010  
Fax +43.1.5440059  
attac.at  
infos@attac.at



## Fair Steuern – Mehr für alle

Der Sozialstaat ist finanzierbar

Steuern sind grundsätzlich etwas Positives und nützen allen, weil damit der Bedarf an Schulen, Krankenhäusern, Straßen, öffentlichem Verkehr, Pensionen, Kindergärten, Umweltschutz, Kunst, Sport und Kultur gedeckt wird. Alles Leistungen, auf die niemand verzichten will. Wird die Steuerlast gerecht verteilt, tut sie niemandem weh. Das ist aber nicht der Fall.

Finden Sie es fair, dass Sie von 100.000 Euro\* für

Lohn, Gehalt	40% Steuern
Zinsertrag auf Omas Sparbuch	25% Steuern
Zinsertrag in Privatstiftung	12,5% Steuern
Erträge aus int. Schachtelbeteiligungen, Dividenden in Privatstiftung, Kursgewinn aus Aktienhandel nach Jahresfrist	0% Steuern

zahlen?

\*ohne SV-Beiträge

### Wie konnte es zu der ungleichen Verteilung der Steuerlast in Österreich kommen?

In den sechziger und siebziger Jahren war Kapital in der EU nicht sehr mobil, ein dichtes Netz von Kapitalverkehrskontrollen schränkte die Bewegungsfreiheit von DM, Schilling, Pfund & Co. massiv ein. Aufgrund dieser begrenzten Fluchtmöglichkeiten konnte Kapital einigermaßen gerecht besteuert werden. Der Wirtschaft ging es gut zu dieser Zeit: Das Wachstum war höher als in den letzten 20 Jahren, es gab annähernd Vollbeschäftigung, und die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung nahm leicht ab.

Dieses Szenario änderte sich ab Ende der siebziger Jahre. Neoliberale Wirtschaftspolitik à la Thatcher und Reagan begann sich weltweit durchzusetzen. Ein Kernziel des Neoliberalismus ist der freie Kapitalverkehr. Ist Kapital aber frei beweglich, tun sich die FinanzministerInnen schwer, es zu besteuern.

### Steueroasen entstehen

Besonders schwierig wird es, wenn – im Zuge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs – Steueroasen entstehen. Steuerparadiese gibt es nicht nur in der Karibik oder im Pazifischen Ozean (Bahamas, Samoa), sondern auch mitten in Europa: Luxemburg, Liechtenstein, Monaco, Schweiz - und auch Österreich. Das in ihnen geparkte Vermögen wird auf 7.000 bis 8.000 Milliarden US-\$ geschätzt (IWF), die Steuerausfälle betragen bis zu 144 Mrd. US-\$ jährlich.

In Steueroasen werden Kapitaleinkommen, Gewinne und Finanzvermögen nicht nur von der Steuer verschont, sondern auch den zuständigen Finanzämtern der Wohnsitzländer nicht gemeldet (Bankgeheimnis). Die Folge ist, dass die Profiteure der Globalisierung immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwohls – Krankenhäuser, Schulen, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz, Sport und Kunst – beitragen und dass die Finanzierung dieser Aufgaben immer schwieriger wird.

## Steuerwettlauf setzt ein

Steuerparadiese locken nicht nur SteuerhinterzieherInnen an, sie setzen auch alle Nicht-Steuerparadiese unter Druck, die Steuersätze auf Einkommen, Gewinne und Vermögen zu senken. Tatsächlich senken seit 20 Jahren so gut wie alle Länder ihre Steuern auf Kapital um die Wette. Die durchschnittliche Besteuerung von Unternehmensgewinnen ist in den Industrieländern seit 1985 von 51 auf 29 Prozent gesunken, die von Zinserträgen von 47 auf 33, und die Spitzensätze der Einkommenssteuer sind von 52 auf 42 Prozent heruntergerasselt. Dieser Prozess ist noch lange nicht zu Ende. Manche Ökonomen meinen sogar, dass Gewinne längerfristig überhaupt nicht mehr besteuert werden können. Für multinationale Konzerne gilt dies jetzt schon häufig: Sie lassen ihre Gewinne einfach in Steuerparadiesen anfallen, nutzen Steuerschlupflöcher oder manipulieren sogar die Bilanzen. Ergebnis ist, dass sie dort, wo sie tatsächlich tätig sind, fast oder gar keine Steuern mehr zahlen, so zum Beispiel in Österreich (2002): Baxter AG (0,0%), Kraft Food Österreich GmbH (0,0%), IBM Österreich Internationale Büromaschinen (0,0%), Wienstrom GmbH (0,0%), Novartis Forschungsinstitut GmbH (0,1%), Römerquelle AG (0,1%), Nöm AG (6,2%), Baumax AG (6,3%), OMV (11,0%), Raiffeisen Ware Austria AG (11,0%), Spar AG (15,6%). 40% der körperschaftspflichtigen Unternehmen zahlten 2002 weniger als 10% Körperschaftsteuer, im Durchschnitt waren es nur 18,2%, obwohl der gesetzliche Steuersatz 34% betrug (nach der Steuerreform 2005 beträgt er nur mehr 25%). Das ist nicht nur gegenüber der Allgemeinheit unfair, sondern auch gegenüber Klein- und Mittelbetrieben, die diese „Gestaltungsmöglichkeiten“ nicht haben, und somit eine unlautere Wettbewerbsverzerrung.

## Steuerparadies Österreich

Österreich ist nicht Opfer dieser Entwicklungen – eine hilflose Insel im stürmischen Ozean der Globalisierung – sondern Vorreiter und Täter: Die Besteuerung der Unternehmensgewinne liegt deutlich unter dem EU-Schnitt, und Vermögen werden in keinem andern Industrieland so gering besteuert wie hierzulande. Der Beitrag der Steuern auf das Vermögen zur Staatsfinanzierung hat sich in den letzten 30 Jahren um 2/3 verringert, obwohl die Vermögen sehr stark angewachsen sind. Konkret wurde 1993 die Vermögenssteuer abgeschafft, die Einheitswerte von Grundstücken, die als Grundlage für die Besteuerung dienen, wurden seit 1983 nicht mehr angepasst und entsprechen nur einem Zehntel der Marktpreise. Die 1993 geschaffene Rechtsform der „Privatstiftung“ ermöglicht es, dass in Österreich ausgerechnet die Reichsten die geringsten Steuersätze auf ihre Einkommen zahlen. Würden die Vermögens- und Gewinnsteuern nur so viel zur Staatsfinanzierung beitragen wie im EU-Durchschnitt, dann hätte Österreich in den letzten Jahren rund 7 Milliarden Euro pro Jahr mehr eingenommen und damit satte Budgetüberschüsse – Sozialleistungen müssten nicht gekürzt werden (Datenquelle: OECD Revenue Statistics).

## Arbeit steuerlich überbelastet, Steuerzahlen wird unpopulär

Der Steuerausfall aus Gewinnen und Vermögen ist so massiv, dass die FinanzministerInnen die nötigen Staatseinnahmen zunehmend woanders herholen müssen: von Löhnen und Gehältern (und einkommensteuerpflichtigen KleinunternehmerInnen). Der Faktor Arbeit ist immobil – nicht alle können ihren Arbeitsplatz kurzerhand nach Liechtenstein übersiedeln. EU-Kommissar Mario Monti hat 1998 vorgerechnet, dass in der EU die durchschnittliche Besteuerung von Arbeit in den letzten 15 Jahren von 35 auf 42% angestiegen ist (während die Kapitalbesteuerung von 45 auf 35% zurückging). In Österreich ist die Scherentwicklung noch krasser: Der Anteil der Unternehmensgewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen hat sich seit 1965 von 27 auf 14% halbiert. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 10 auf 30% verdreifacht.

Kein Wunder, dass die Massen über das Steuerzahlen stöhnen und eine Senkung der Abgabenquote wie einen Wettersturz bei 42 Grad Sommerhitze herbeisehnen. Was die meisten aber nicht wissen: Wären Gewinne und Vermögen angemessen besteuert, könnte der Staat bei deutlich geringerer Lohn- und Einkommensteuer dieselben Leistungen und sogar noch mehr davon erbringen, auf die schließlich niemand verzichten will: Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Eisenbahnen, Postämter, Museen, Pensionen, soziale Sicherheit.

## Bestehende Geschlechterverhältnisse werden einzementiert

Weltweit leisten Frauen 70% der unbezahlten Arbeit, erhalten 10% der Einkommen und besitzen 1% der globalen Vermögen (UNO 2000). Als Kleinverdienerinnen zahlen sie überdurchschnittlich viel Mehrwertsteuer, weil sie einen höheren Anteil von ihrem Einkommen konsumieren, und sie profitieren weit seltener von Steuervergünstigungen. Statt die bestehenden Ungleichgewichte bei Einkommen und Besitz zu verbessern, belastet die steuerliche Begünstigung von Vermögen, Gewinnen und Spitzeneinkommen die kleinen und mittleren Arbeitseinkommen von Frauen noch zusätzlich.

## Was tun? Die Vorschläge von Attac

### 1. Steuerparadiese schließen

Das „Schließen“ vieler Steuerparadiese ist einfacher als gemeinhin angenommen, weil es sich zumeist um Protektorate der Industrienationen handelt. So gehören zum Beispiel die Cayman-Inseln, die Bermudas oder Jersey zu Großbritannien, Samoa zu den USA, die Niederländischen Antillen zu Holland und die Cook-Inseln zu Neuseeland. Diese richteten die Steuerparadiese bewusst ein, um vermögenden Personen und Unternehmen eine Gelegenheit zu geben, Steuergesetze und Regulierungen zu umgehen. Sobald sich hier politischer Gegendruck bildet, können Steuerparadiese mit einfachen Maßnahmen geschlossen werden.

Meldepflicht für sämtliche Einkommen von Nichtansässigen an die jeweils zuständigen Finanzämter im Rahmen eines automatischen Informationsaustausches. Die Einkommen natürlicher Personen werden zu 100% im Wohnsitzland versteuert.

Bei Nichtkooperation: Einschränkung des Kapitalverkehrs von und zu Steueroasen. Entweder durch Transaktionssteuern; oder die Hauptsitzländer entziehen jenen Banken und Konzernen, die in Steueroasen Tochterunternehmen bzw. Briefkastenfirmen unterhalten, die Lizenz. Es ist ja nicht die Bank of Bahamas, bei der Geld geparkt wird, sondern eine Tochter der jeweiligen Hausbank.

Die EU kann es sich sowohl politisch als auch ökonomisch leisten, den Kapitalverkehr mit Steueroasen einzuschränken. Damit würde Steuergerechtigkeit wieder Vorrang vor total freiem Kapitalverkehr bekommen. Tatsächlich drohte der EU-Wettbewerbskommissar im September 2002 erstmals der Schweiz mit der Beschränkung des Kapitalverkehrs, falls die EidgenossInnen keine Informationen über die Kapitaleinkommen von EU-BürgerInnen herausrückten. Diese Drohung wurde allerdings von Österreich (Finanzminister Grassler) und Luxemburg zunichte gemacht, weil sie ankündigten, Kapitalverkehrsbeschränkungen nicht zuzustimmen (Einstimmigkeit erforderlich). Luxemburg, Österreich und Belgien sind die einzigen Länder, die die EU-weite Meldepflicht von Kapitalerträgen nicht umsetzen, weil sie ihr Bankgeheimnis nicht lockern wollen.

## 2. Steuerwettbewerb beenden

Wenn sich Nationalstaaten auf Steuerdumping einlassen, verlieren alle. Die Körperschaftsteuer (= Steuer auf die Gewinne von Aktiengesellschaften und GmbHs) ist EU-weit zwischen 1985 und 2001 von 51 auf 33% gefallen, Österreich senkt diese 2005 sogar von 34 auf 25% - Finanzminister Karl-Heinz Grassler kündigte bereits eine weitere Senkung auf 15% an. Wenn das so weiter geht, tragen Kapitalgesellschaften bald überhaupt nichts mehr zur Gemeinwohlfinanzierung bei. Um diesen ruinösen Wettlauf zu beenden, fordern wir:

In der EU: Einheitliche Bemessungsgrundlagen und Gewinnsteuersätze auf hohem Niveau (35 - 40%).

EU-Tochterfirmen im Ausland: Eröffnet ein EU-Konzern eine Filiale in einem Land mit niedrigerem Gewinnsteuersatz, muss die Differenz zum Steuersatz in der EU nachversteuert werden – steuermotiviertes Umsiedeln zahlt sich dann nicht mehr aus. Der Steuerwettbewerb wird effektiv beendet. Gewinner sind sowohl die Industrieländer, weil die Steuererluste vermieden werden, als auch die Entwicklungsländer, die Unternehmen nicht mehr mit niedrigen Steuersätzen anlocken müssten und dadurch höhere Steuersätze einheben können.

Um die Verlegung des Konzernsitzes in Niedrigsteuerränder mit dem Ziel der Gewinnverschiebung dorthin zu verhindern: Anwendung des „unitary tax system“ (UTS). Die EU-Steuerbehörden ermitteln dabei den Anteil der realen Tätigkeit in der EU anhand der Faktoren Kapital, Umsatz und Beschäftigung und unterwerfen den entsprechenden Anteil vom weltweiten Gewinn dem EU-Steuersatz.

Langfristig: Weltweit einheitliche Konzernbesteuerung auf Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen, um jede Form des Steuerwettlaufs endgültig zu beenden.

## 3. Vermögen höher besteuern

Seit 1993 gibt es keine richtige Vermögensteuer in Österreich mehr. Grundsteuer, Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer zählen aber auch zu den Steuern auf Vermögen und tragen in Österreich nur 1,3% zum Gesamtabgabenaufkommen bei. Im EU-Schnitt sind es 4,9%. Lägen die Steuern auf Vermögen nur im EU-15-Schnitt, ergäben sich Mehreinnahmen von 3,5 Mrd. Euro. Attac fordert:

- Wiedereinführung der Vermögensteuer mit hohen Freibeträgen und progressivem Verlauf
- Abschaffung der Steuerprivilegien von eigennützigen Privatstiftungen
- Besteuerung von Immobilien und Grundstücken nach ihrem tatsächlichen Wert
- Einschränkung der Ausnahmen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Globale Super-Reichen-Steuer für Euro- und Dollar-Bargeld-Millionäre in der Höhe von 1% ihres Vermögens. Das würde jährliche Einnahmen von 290 Milliarden US-\$ bringen.

Hier ist wichtig anzumerken, dass in der Steuerdebatte oft die „Kleinen“ für die Interessen der Großen instrumentalisiert werden: Aus Rücksicht auf „einfache HäuslbauerInnen“ und „kleine Bauern/Bäuerinnen“ werden Großgrundbesitzer und Privatstifter steuerlich geschont. Dabei ließe sich die Vermögensteuer ganz einfach fair gestalten, durch einen entsprechend hohen Freibetrag von zB 300.000 Euro. Ein Grundstück oder ein Einfamilienhaus unter diesem Wert wären damit steuerfrei.

In ähnlicher Weise hat die „arme Oma“ immer wieder zugehört, dass die Kapitalertragsteuer (KESt) auf Zinseinkommen nicht progressiv ausgestaltet ist, sondern flach: Alle, egal ob Multimillionäre oder Mindestlöhner, zahlen 25% KESt. Wenn Zinsen stattdessen unter die Einkommenssteuer fielen, würden sie mit anderen Einkommen zusammengerechnet und gemeinsam besteuert. Alle bis zu einem Jahreseinkommen von 28.000 Euro würden besser aussteigen. Nur wer darüber liegt, zahlt 25% Steuer oder mehr.

#### 4. Kapitaleinkommen gleich hoch besteuern wie Arbeitseinkommen

Eine weitere Steuergerechtigkeitsforderung von Attac klingt sehr einfach und logisch, wäre aber bei ihrer Umsetzung revolutionär: Alle Kapitaleinkommen sollen unter die Einkommensteuer fallen. Dazu zählen vor allem: Dividenden, Zinserträge sowie Kursgewinne aus dem Aktien-, Anleihe-, Derivate- und Devisenhandel. Warum sollen Arbeits- und Kapitaleinkommen gleich behandelt werden?

1. Weil es grundsätzlich nicht einzusehen ist, dass Einkommensarten steuerlich unterschiedlich behandelt werden. Derzeit sind hohe Kapitaleinkommen massiv begünstigt.
2. Weil es widersinnig ist, dass ausgerechnet jene Einkommen, die ohne Arbeit und fast nur von Reichen abgesehen werden, steuerlich generell bessergestellt sind als Arbeitseinkommen.
3. Weil es nicht gerecht sein kann, dass die Besteuerung von Kapitaleinkommen zurückgeht, obwohl diese stark über dem Wirtschaftswachstum steigen – und andererseits die Steuerlast auf Löhne und Gehälter ständig zunimmt, obwohl diese deutlich hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben.

Die Folgen wären rosig: Die saftigen Budgetüberschüsse könnten für eine spürbare Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen und andererseits für die Sicherung und den Ausbau des Sozialstaats verwendet werden. Voraussetzung für die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen ist das gemeinsame Vorgehen innerhalb der EU. Die Harmonisierung der Kapitalbesteuerung wird jedoch – wie oben bereits erwähnt – durch Österreich blockiert.

#### 5. Bankgeheimnis lockern

Das Bankgeheimnis schützt nicht nur SteuerhinterzieherInnen, sondern auch GeldwäscherInnen und TerroristInnen. Damit ist es die Stütze der globalen Wirtschaftskriminalität. Auf der anderen Seite dient das Bankgeheimnis als Hauptausrede dafür, dass Kapitaleinkommen geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen. Unser Vorschlag: Kapitaleinkommen sollen nicht anders als Arbeitseinkommen automatisch dem Finanzamt gemeldet werden, damit sie gerecht und vollständig besteuert werden können. Dann bestünde endlich Gleichbehandlung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Gegenüber Drittpersonen (ArbeitgeberInnen, Verwandte, neugierige NachbarInnen) bleibt das Bankgeheimnis unverändert bestehen.

#### Kontakt:

[www.fairsteuern.at](http://www.fairsteuern.at), [fairsteuern@attac.at](mailto:fairsteuern@attac.at) / Das Globale Steuergerechtigkeitsnetzwerk: [www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net)

#### 6. Gender Taxing

Frauen erhalten 10% aller Einkommen weltweit und besitzen 1% des Vermögens. Die steuerliche Bevorzugung von Vermögen und hohen Kapitaleinkommen kommt daher fast nur Männern zu Gute. Steuern müssen Gendergerecht umgestaltet werden, das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern muss jede Reform des Steuersystems leiten. Wir fordern ein gerechtes Einkommenssteuersystem, Entlastung der unteren Einkommen von der Sozialversicherung und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für Sozialabgaben.

#### 7. Internationale Steuern

Wer für faire globale Regeln z. B. für Großkonzerne eintritt, darf auch vor Internationalen Steuern und der Schaffung einer Internationalen Steuerbehörde – als UN-Teilorganisation - nicht zurückschrecken. Eine Internationale Steuerbehörde könnte folgende globale Aufgaben wahrnehmen:

- Steuerschädliche Praktiken sanktionieren und Steueroasen schließen
- Geldwäsche ahnden und illegal erworbene Vermögen in die Ursprungsstaaten zurückführen
- Einheitliche Bemessungsgrundlage und Konzernbesteuerung durchsetzen
- Die Tobinsteuer – eine Steuer auf Devisentransaktionen zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte – einführen
- Globale Steuern auf Naturressourcen und Kerosin einführen
- Globale Super-Reichen-Steuer für Euro- und Dollar-Bargeld-Millionäre in der Höhe von 1% ihres Vermögens einführen. Dies würde die stolze Summe von 300 Milliarden Euro/Dollar pro Jahr einspielen – genug, um die schlimmste Armut und Umweltverschmutzung aus der Welt zu schaffen und nachhaltiger Entwicklung allerorts den Weg zu ebnen.

---

#### *FAZIT:*

*Durch ein gerechteres Steuersystem würden die Reichtumszuwächse und die Globalisierungsgewinne allen zugute kommen, die Staaten hätten Budgetüberschüsse. Statt weiteren Sparpaketen könnten wir die sozialen Sicherungsnetze ausbauen und ein besseres Angebot an öffentlichen Leistungen finanzieren. Dann gibt es Mehr für alle.*

---

Globalisierung braucht Gestaltung – Attac braucht Ihre Unterstützung:  
PSK Kto-Nr. 92.145.148  
BLZ 60000  
IBAN AT576000000092145148  
BIC OPSKATWW